

Potsdam, 06. August 2024

Freie Demokratische Partei
Landesverband Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Dortustraße 53
14467 Potsdam
M: lvbrb@fdp.de
T: 0331 29 16 41

www.fdp-brandenburg.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Brandenburg 2024

pro legal – Interessengemeinschaft für Waffenbesitz e. V.

Frage 1

Anders als Millionen von in Deutschland im illegalen Besitz befindlichen Waffen werden im Privatbesitz befindliche legale Waffen bereits sorgfältig gesichert. Wie bewertet Ihre Partei die aktuellen Vorschriften zur Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition in Privathaushalten und welche Änderungen schlägt sie gegebenenfalls vor? Bitte begründen Sie Ihre Vorschläge

Antwort der FDP Brandenburg

Wir Freie Demokraten stehen für ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz. Dabei muss zwischen den Besitzerinnen und Besitzern von Legalwaffen wie Sportschützen und Jägern und zwischen dem illegalen Waffenbesitz sowie dem Waffenbesitz durch gefährliche Personen strikt unterschieden werden. Verschärfungen des Waffenrechts haben die Besitzer von Legalwaffen wie Sportschützen und Jäger mit zusätzlicher, unnützer Bürokratie überzogen. Bund und Länder sollten daher eine Generalrevision des Waffenrechts unternehmen, um Praktikabilität und Praxisnähe zu verbessern.

Frage 2

Immer wieder erfährt man in den öffentlichen Medien, dass Schusswaffen und/oder Munition bei Behörden wie Polizei, Bundeswehr u. a. abhanden kommen, während dies bei privaten Legalwaffenbesitzern vergleichsweise sehr selten vorkommt. Wie beurteilt Ihre Partei die Wirksamkeit der bestehenden Kontrollmechanismen zur Überwachung des Umgangs mit Schusswaffen und Munition durch Behörden und ihre Mitarbeiter und welche Änderungen schlägt sie gegebenenfalls vor? Bitte begründen Sie Ihre Vorschläge

Antwort der FDP Brandenburg

Es darf in den Sicherheitsbehörden keinen sorglosen Umgang mit Munition und Waffen geben. Jedem Vergehen muss entsprechend des Disziplinar- und Strafrechts nachgegangen werden. Für die Aufklärung entsprechender Fälle trägt das Innenministerium die Verantwortung.

Frage 3

Das Aussehen von halbautomatischen Langwaffen, insbesondere ein "kriegswaffenähnliches Erscheinungsbild", spielt laut Bundesinnenministerin Nancy Faeser eine wesentliche Rolle in der Nutzung solcher Schusswaffen bei Amoktaten, terroristischen Angriffen und in rechtsextremen sowie Reichsbürger-Kreisen in Deutschland. Daher wird erwogen, solche Schusswaffen zu verbieten. Wie positioniert sich Ihre Partei zu diesem Vorhaben? Sind halbautomatische Langwaffen mit einem „kriegswaffenähnlichen

Aussehen“ Ihrer Meinung nach besonders gefährlich und stellen daher eine erhöhte Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar? Bitte begründen Sie Ihre Antwort!

Antwort der FDP Brandenburg

Legaler Waffenbesitz stellt in unserem Land kein übergeordnetes Problem dar. Wir Freien Demokraten sehen daher keinen Bedarf für eine Verschärfung des Waffenrechts.

Frage 4

Innenministerin Nancy Faeser plant, den Erwerb und Besitz von Armbrüsten künftig von der Führerlaubnis für SRS Waffen „Kleiner abhängig zu machen, da sie in rechtsextremen Kreisen angeblich überaus beliebt sind. Tatsächlich spielen Armbrüste in der offiziellen Waffenkriminalitätsstatistik des BKA aber kaum eine bis gar keine Rolle. Wie bewertet Ihre Partei die Effektivität und Verhältnismäßigkeit einer Erlaubnispflicht für Armbrüste zur Verhinderung möglicher Missbrauchsfälle oder Gewalttaten? Bitte begründen Sie Ihre Position!

Antwort der FDP Brandenburg

Der Forderung, Armbrüste und Schreckschusswaffen waffenscheinpflichtig zu machen, widersprechen wir. Die meisten Opfer von Gewaltkriminalität werden durch Messer getötet. Armbrüste bzw. Schreckschusswaffen findet man eher auf Mittelalter- und Leichtathletikveranstaltungen als an Tatorten. Die Ausweitung würde einen immensen Bürokratieaufwand nach sich ziehen, der mit steigenden Kosten einhergehen würde. Eine weitere Belastung der Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger durch unnötige Verschärfungen des Waffenrechts lehnen wir ab.

Frage 5

Es wird diskutiert, das Gesundheitsamt bei der Entscheidung über waffenrechtliche Erlaubnisansträge einzubeziehen, obwohl körperliche und geistige Eignung bereits laut Waffengesetz Voraussetzung sind bzw. die waffenbehördliche Anordnung entsprechender medizinischer Gutachten bereits ausdrücklich möglich ist. Wie steht Ihre Partei zur pauschalen ärztlichen Untersuchung von Antragstellern durch das Gesundheitsamt und wie bzw. in welchem Umfang soll die ärztliche Schweigepflicht dabei umgangen werden? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um sicherzustellen, dass die ärztliche Begutachtung objektiv und unvoreingenommen erfolgt? Wie würde die Einbeziehung des Gesundheitsamtes Ihrer Meinung nach die Effizienz und Schnelligkeit des Erlaubnisverfahrens beeinflussen?

Antwort der FDP Brandenburg

Den Forderungen nach deutlich höheren Hürden zur Überprüfung der Zuverlässigkeit, etwa der unbedingten Vorlage eines fachärztlichen oder fachpsychologischen Gutachtens, stellen wir uns entgegen.

Frage 6

Legal besessene Schusswaffen spielen in der Kriminalitätsstatistik eine sehr untergeordnete Rolle, da die Besitzer legaler Schusswaffen als besonders gesetzestreu gelten und regelmäßig, gesetzlich vorgegeben, behördlich überprüft werden. Die meisten Straftaten werden nachweislich mit illegal besessenen Schusswaffen begangen. Gesetzesverschärfungen können sich daher nur auf den legalen Besitz auswirken, der illegale Besitz bleibt hiervon unberührt. Wie würden sich Ihrer Meinung nach weitere Gesetzesverschärfungen auf die Sicherheit in Deutschland und der EU auswirken? Bitte begründen Sie Ihre Antwort! Wie bewertet Ihre Partei die aktuellen Maßnahmen gegen Waffenschmuggel und -schmuggel, und welche Verbesserungen schlägt sie vor?

Antwort der FDP Brandenburg

Gefährder und Extremisten dürfen keine Waffen besitzen. Mehr Bürokratie führt hier aber nicht zu mehr Sicherheit. Vielmehr muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden verbessert und der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft werden. Wir setzen uns daher für eine effizientere Vernetzung von den zuständigen Waffenbehörden, Verfassungsschutzämtern und den örtlichen Polizeibehörden ein. Unbescholtene Bürger sind von diesen ausschließlich im Hintergrund laufenden Prüfungsabläufen nicht betroffen, ihnen entsteht hierdurch weder Aufwand noch Ungemach. Gleichwohl können schwarze Schafe durch diese Rückkopplungen zeitnah identifiziert und die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet werden. Hiervon profitieren Behörden, rechtschaffene Waffenbesitzer und letztlich die gesamte Gesellschaft, ohne Waffenbesitzer unnötig zu gängeln und in ein falsches Licht zu rücken.

Frage 7

Das Deutsche Waffengesetz zählt zu den strengsten weltweit, gleichzeitig wird es oft als unverständliches "Bürokratiemonster" wahrgenommen, selbst von Experten und Fachjuristen. Wie würden sich Ihrer Meinung nach eine verbesserte und vereinfachte Gesetzgebung im Bereich des Waffenrechts auf die Rechtssicherheit und -klarheit für Waffenbesitzer und -händler auswirken? Bitte begründen Sie Ihre Ansicht! Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um das deutsche Waffengesetz zu vereinfachen, ohne die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden? Welche Rolle sollten Experten und Interessenverbände (z. B. pro legal e. V.) aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft Ihrer Meinung nach bei der Überarbeitung und Verbesserung des Waffengesetzes spielen, und wie plant Ihre Partei, dies umzusetzen?

Antwort der FDP Brandenburg

Wir sind offen für alle Vorschläge und Ideen zur Entbürokratisierung und Vereinfachung des Waffenrechts, durch die keine neuen Sicherheitslücken geschaffen werden.

Frage 8

Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach die Bewertung und Überprüfung der Effektivität von Waffenverbotszonen für die Entwicklung neuer Maßnahmen und Strategien? Wie plant Ihre Partei, dies umzusetzen? Welche Vorkehrungen plant Ihre Partei, um sicherzustellen, dass Waffenverbotszonen für Normalbürger (wie z. B. Oma Erna mit ihrem Obstmesser, oder ein Handwerksreisender mit seinem Cuttermesser der eine ihm nicht bekannte Waffenverbotszone durchqueren muss) keine unverhältnismäßigen Einschränkungen der Bürgerrechte darstellen?

Antwort der FDP Brandenburg

Bestehende Waffenverbotszonen in Deutschland zeigen durchmischte Ergebnisse. Die Zahl der Attacken steigt in der Bahnhofsvorstadt von Bremen etwa trotz Verbotszone kontinuierlich an. Wir bevorzugen daher andere, effektivere Lösungen, um die Gewalt zu bremsen. Wenn man das Problem an der Wurzel lösen möchte, muss man Polizei und Justiz besser ausstatten. Das wäre deutlich effektiver, als eine weitere Waffenverbotszone, die Kriminelle ohnehin nicht abschreckt.